

\*(52)

**Grüne Demonstration am 19. Mai gegen den seit 38 Jahren bestehenden Ausnahmezustand**

Zwischen der Regierung und der parteilosen Organisation in Taiwan herrschte im Mai wieder Aprilwetter. Es wurde gemeldet, daß hohe Kreise der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) jetzt beginnen, "allmählich" über folgende vier politisch empfindliche Themen zu diskutieren:

1. Die Frage des vor 39 Jahren gewählten Staatsparlaments;
2. den seit 1949 bestehenden Ausnahmezustand;
3. das Verbot neuer politischer Parteien und
4. eine Gesetzgebung für die lokale Selbstverwaltung (LHB, 12.5.86).

Am 10. und 24. Mai setzten sich drei Vertreter der Guomindang, sieben führende parteilose Oppositionelle sowie vier politisch neutrale Persönlichkeiten für politische "Verständigung" (Goutong) zusammen. Auf der Insel wie im Ausland wurde die Begegnung als historisches Ereignis betrachtet, weil die Regierungspartei zum ersten Mal die parteilose Opposition öffentlich als Verhandlungspartner akzeptierte.

In den letzten Monaten hat es zwischen beiden Seiten wegen der Gründung von Zweigstellen der oppositionellen Organisation "Dangwai Gongzhenghui" (Gesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik) andauernde Spannungen gegeben, denn die Regierung hatte auf verschiedenen Wegen eine Ausdehnung der für sie als illegal geltenden Organisation der Parteilosen verhindern wollen. Bei der ersten Begegnung hat die Guomindang prinzipiell zugesagt, die Gründung von Zweigstellen der Gegner nicht mehr zu verhindern, doch wurde verlangt, das Wort "Dangwai" (parteilos) nicht zu verwenden, und außerdem sollten sie bei den Behörden eingetragen werden. Da damit die Organisation entpolitisiert worden wäre, haben dies die parteilosen Oppositionellen nicht akzeptiert. Eine konkrete Einigung konnte auch bei der zweiten Begegnung nicht erreicht werden.

Noch am Vorabend der zweiten Begegnung kamen zwei Bewährungsproben zu der innenpolitischen Debatte. Am 17. Mai gründeten die Oppositionellen eine Zweigstelle der "Gesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik" in der Hauptstadt Taipei, die von der Regierung geduldet wurde, obwohl sie im Namen den Bestandteil von "Parteilosen" beibehalten und sich nicht bei den Behörden gemeldet hat (LHB, 18.5.86). Zwei Tage danach veranstalteten über 100 Dissidenten eine Demonstration der "Grünen Aktion"

gegen den seit 38 Jahren bestehenden Ausnahmezustand. Zwar wurden sie von 1.200 Polizisten am Versammlungsort "Longshan Tempel" den ganzen Tag eingekreist, und der geplante Zug von dort zum Präsidentenhaus konnte daher nicht durchgeführt werden, doch gab es keinen Gewaltkonflikt und auch keine Verhaftungswelle (CP, 20.5.86). Dies wäre früher nicht vorstellbar gewesen.

Die Regierungspartei hat der Opposition vorgeworfen, daß sie durch die einseitige Aktion mit der Gründung von Zweigstellen der "Gesellschaft der Parteilosen für öffentliche Politik" sowie der Demonstration das Klima für eine politische Verständigung zerstört hätte. Andererseits bezweifelte die Opposition die Ehrlichkeit der Guomindang für einen Burgfrieden. Kurz vor der dritten vereinbarten Begegnung für politische Verständigung wurden drei führende Oppositionelle, Chen Shuipian, Huang Tianfu und Li Yiyang, in einem Prozeß wegen Beleidigung eines regierungsfreundlichen Professors in ihrer Zeitschrift "Penglaidao" zu acht Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Es besteht der Verdacht, daß das Urteil von Seiten der Regierung oder der Regierungspartei beeinflußt worden ist. Dazu wurde der Planer der genannten Demonstration vom 19. Mai gegen den Ausnahmezustand, Zheng Nanyong, am 2. Juni unter dem Verdacht von Verstößen gegen das Wahlgesetz vor einigen Monaten vor Gericht angeklagt und festgenommen. Die Opposition glaubt, daß es sich auch hierbei um einen "politischen Prozeß" handelte (Taiwan Gonglunbao, New York, 9.6.86). -ni-

\*(53)

**Pro-Kopf-BSP im Jahr 2000 rund 14.000 US\$**

Laut einer von der Regierung in Taipei aufgestellten Prognose für die Wirtschaftsentwicklung Taiwans in den kommenden 15 Jahren (1986-2000) soll das BSP (Bruttosozialprodukt) jährlich im Durchschnitt um 6,5% steigen. Demzufolge wird das Pro-Kopf-BSP auf der Insel im Jahr 2000 eine Höhe von 522.409 NT\$, umgerechnet 13.395 US\$, erreichen. Das entspricht dem 4,3-fachen des Jahres 1985 (3.142 US\$). Ferner wurden noch folgende Daten vorausgesagt:

- Steigerungsrate der Großhandelspreise durchschnittlich nicht über 3,5% im Jahr;
- jährliche Durchschnittszuwachsraten in der Landwirtschaft 1,5%, in der Industrie 6%, im Dienstleistungssektor 7,4%; Verteilung des BSP: Landwirtschaft 3%, Industrie 46,5%, Dienstleistungen 50,5%;

- durchschnittliche Jahreszuwachsrate der Bevölkerung 1,1%, der Arbeitsplätze 1,9%, der Arbeitskräfte 4,5%. Im Jahr 2000 wird es eine Arbeitslosenquote von 3% geben;
- reale Jahreszuwachsrate von Güter- und Dienstleistungseinfuhren im Durchschnitt 7,9%. Ihr Anteil am BSP wird von 41,9% (1985) auf 51,2% (2000) steigen. Im Jahr 2000 könnten die Im- und Exporte zu einem Ausgleich kommen (ZYRB, 30.5.86). -ni-

**HONGKONG UND MACAU**

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(54)

**Chinesisch-portugiesische Verhandlungen über Macau**

Ende Juni werden Beijing und Lissabon beginnen, über die Zukunft der portugiesischen Kolonie zu verhandeln. In einem vom chinesischen Außenministerium am 20. Mai in Beijing veröffentlichten Pressecommuniqué hieß es: "Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der portugiesischen Republik haben nach freundschaftlichen Konsultationen beschlossen, in der letzten Woche des Juni 1986 in Beijing Gespräche über die Regelung der von der Geschichte hinterlassenen Macau-Frage zu beginnen. Der Leiter der chinesischen Regierungsdelegation ist der stellvertretende Außenminister Zhou Nan, der Leiter der portugiesischen Regierungsdelegation ist Botschafter Ruy Barbosa Medina." (DGB, 22.5.86)

Es ist bekannt, daß die Chinesen die Macau-Frage nach dem Modell Hongkongs mit dem Leitprinzip "ein Land, zwei Systeme" lösen möchten, d.h., daß Beijing nach einer Rücknahme Macaus eine Sonderverwaltungszone mit Beibehaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewähren will.

Nach der portugiesischen Revolution 1974 hatte Lissabon bereits mehrmals die Rückgabe Macaus an China angeboten. 1976 hat die Kolonie von Portugal eine volle innere Autonomie erhalten und 1979 soll die portugiesische Regierung, so nach chinesischer Angabe, bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Beijing die Souveränität Chinas über Macau anerkennen. Die Chinesen haben bislang die Rücknahme Macaus deshalb verzögert, weil sie Hongkong als Chinas Hauptdevisenquelle nicht durch Macau beunruhigen wollten. Erst ein Jahr nach dem Inkrafttreten der sino-britischen Vereinbarung über Hongkong und die Überwindung der "Angst vor 1997" (Rückgabe Hongkong an China) haben die chine-

sische und die portugiesische Regierung beim Staatsbesuch des damaligen Präsidenten Antonio Ramalho Eanes in Beijing vereinbart, die Verhandlungen über Macau in diesem Jahr zu beginnen (s. dazu C.a., Mai 1985, S.302, Ü 44).

Da eine Rückgabe Macaus an China, wie gesagt, nicht mehr umstritten ist, bleiben in den bevorstehenden chinesisch-portugiesischen Verhandlungen nur noch die wichtigen Fragen, wann die Kolonie an China zurückgegeben werden soll und wie lange sie als Sonderverwaltungszone mit kapitalistischem System unter der Souveränität der sozialistischen VR China bleiben kann. -ni-

\*(55)

#### **Machado als neuer Gouverneur von Macau**

Am 27. Mai ist der neue Gouverneur von Macau, Joaquim Pinto Machado, in Macau eingetroffen. Machado (55), ein Physiker und Professor an der medizinischen Hochschule der Universität Oportos, ist der erste zivile Gouverneur für die Kolonie seit Anfang der 40er Jahre (TKB, 8.-14.5.86). Auf der Zeremonie zu seinem Amtsantritt am 14. Mai in Lissabon hat der portugiesische Staatspräsident Mario Soares in seiner Rede darauf hingewiesen, daß Macau vor einer Übergangsperiode stehe. Der neue Gouverneur habe angesichts dieser Tatsache vor allem die Aufgaben, die Zusammenarbeit von Chinesischer und portugiesischer Bevölkerung in Macau zu fördern, Beamte aus Einheimischen auszubilden, eine Reihe von Infrastrukturprojekten durchzuführen sowie die Kommunikationsverbindungen Macaus mit der Außenwelt zu verbessern. Machado sagte, die politische Richtlinie seiner neuen Regierung werde sich auf Bildungs-, Gesundheits- Sozialpolitik, Infrastruktur sowie die Verstärkung der Wirtschaftsentwicklung konzentrieren. In Macau erwartet man, daß im Vergleich zu der bisherigen Regierung unter Militärgouverneuren die neue Regierung unter Machado die Meinungen der Bevölkerung mehr hören und sie direkt an den portugiesischen Staatspräsidenten weitergeben werde (DGB, 30.5.86). Vor seiner neuen Ernennung zum Gouverneur in Macau war Machado ein Berater des portugiesischen Staatspräsidenten Soares. -ni-